

II-7507 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3751 IJ

1989-05-17

A n f r a g e

der Abgeordneten SCHEUCHER

und Genossen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Maßnahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die einen Mißbrauch der Institution der Ehe zwecks Erlangung einer Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung verhindern

Im Bezirk Voitsberg, der österreichweit eine hohe Arbeitslosenrate ausweist, wird darüber Beschwerde geführt, daß angeblich liberale Vorschriften zu einem Mißbrauch der Institution der Ehe führen und damit die Erlangung einer Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung - ohne daß die Absicht zur Gründung einer echten Lebensgemeinschaft besteht - begünstigen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der SCHEINEHEN immer größer wird und damit die Bemühungen zum Schutz inländischer Arbeitnehmer zunehmend unterlaufen werden.

So wird ferner auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß Personen, die als Touristen einreisen und innerhalb der ersten Aufenthaltsfrist heiraten, angeblich automatisch in den Genuß des begehrten Befreiungsscheines und der Aufenthaltsbewilligung gelangen.

Diese Vorgangsweise bei der Erteilung des Befreiungsscheines regt geradezu zur Schließung einer SCHEINEHE an und stößt zunehmend auf völliges Unverständnis und Kritik.

In der Zwischenzeit sind durch entsprechende Maßnahmen zwar die Staatsbürger-schaftsehen abgebaut worden, die Zahl der SCHEINEHEN zwecks Erlangung eines Befreiungsscheines geht dagegen in die Tausende.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende

A n f r a g e :

1. In welchem Ausmaß haben in den letzten Jahren die sogenannten SCHEINEHEN in Österreich zugenommen bzw. sich bundesländerweise entwickelt?
2. Welche Maßnahmen wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales setzen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten?